

Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit dem
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
und dem Zentrum für Umfragen,
Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA)

Datenreport 2006

Zahlen und Fakten über die
Bundesrepublik Deutschland

Auszug aus Teil II

21 Demokratie und Sozialstaat

Eine der Grundlagen der Akzeptanz der Demokratie in Deutschland ist der Sozialstaat. Unter den Bedingungen der Globalisierung wird der Sozialstaat in Deutschland wie auch in allen anderen europäischen Demokratien eingeschränkt. Gleichzeitig gibt es in Deutschland noch das besondere Problem der »inneren Einheit«. Wie steht es damit einhalb Jahrzehnte nach der Vereinigung: Ist die politische Gemeinschaft der Deutschen inzwischen integriert oder immer noch gespalten?

21.1 Akzeptanz der Staatsform der Bundesrepublik Deutschland

Das wichtigste Merkmal einer politischen Gemeinschaft ist die Akzeptanz der Staatsform, die im eigenen Land existiert: Je größer diese Akzeptanz und je geringer die Differenzen zwischen Bevölkerungsgruppen, desto integrierter ist eine politische Gemeinschaft.

Noch im Jahr 2000 gab es beträchtliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen. Im Osten war die Einschätzung der Demokratie in Deutschland deutlich schlechter als im Westen (vgl. Tab. 1). Diese Unterschiede haben sich 2005 weiter

Tab. 1: Demokratie als Staatsform, 2000–2005

	West		Ost	
	2000	2005	2000	2005
in %				
»Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform.«	80	71	49	38
»Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.«	9	17	27	41
»Die Demokratie ist die beste Staatsform.«	92	85	78	64
»Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.«	3	6	8	22

Datenbasis: Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa 2000; Bürger und Gesellschaft 2005.

verschärft. Es gibt im Osten inzwischen sogar eine relative Mehrheit von 41 %, die eine andere Staatsform als besser ansieht als die jetzige Demokratie in Deutschland. Diese Einschätzung hat sich offenbar auch auf die Einstellung zur Demokratie grundsätzlich ausgewirkt. Haben im Jahr 2000 nur acht Prozent der Befragten im Osten angegeben, dass eine andere Staatsform besser ist als die Demokratie, so sind das 2005 immerhin 22 %. Auch im Westen hat sich die Unterstützung der Demokratie in Deutschland und die der Demokratie grundsätzlich etwas verschlechtert, aber die

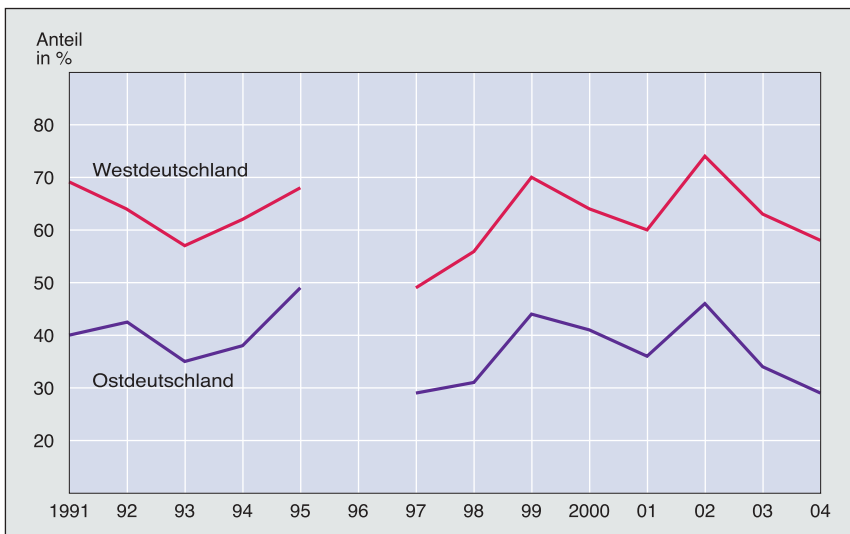
positiven Einstellungen überwiegen im Jahr 2005 immer noch deutlich: 71 % betrachten die jetzige Demokratie in Deutschland als die beste Staatsform und 85 % die Demokratie grundsätzlich als die beste Staatsform.

21.2 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland

Die Frage nach der Akzeptanz der Staatsform bezieht sich vor allem auf das demokratische Regime, so wie es durch die Verfassung implementiert ist. Im Unterschied dazu richtet sich die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland auf die Wirklichkeit dieser Demokratie, so wie sie sich den Bürgern in der Wirkungsweise der demokratischen Institutionen und Verfahren einerseits und den Handlungen der politischen Akteure andererseits darstellt.

Bei der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland lässt sich über den gesamten Zeitraum von 1991 bis 2004 eine nahezu gleich bleibende Differenz zwischen West- und Ostdeutschen feststellen. Die Bürger aus dem Westen sind deutlich zufriedener als die aus dem Osten (vgl. Abb. 1). Über den gesamten Zeitraum hinweg sind durchschnittlich 63 % der Westdeutschen und durchschnittlich 38 % der Ostdeutschen mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden. Die Fluk-

Abb. 1: Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, 1991–2004



Datenbasis: Eurobarometer 1991–2004.

tuationen sind im Zeitverlauf nahezu identisch. Das heißt, dass die Bürger in beiden Teilen Deutschlands ganz ähnlich auf bestimmte Ereignisse reagierten – das aber auf unterschiedlichem Niveau. Hinsichtlich der Struktur der Fluktuationen ist bemerkenswert, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie zu den Bundestagswahlen in der Regel ansteigt, aber danach wieder abfällt. Auch das gilt für beide Teile Deutschlands gleichermaßen.

21.3 Einstellung zum Sozialismus

Einer der Gründe für die kritische Haltung der Bürger der neuen Bundesländer gegenüber der Demokratie in Deutschland ist, dass viele ein anderes Demokratiemodell befürworten als jenes, welches in Deutschland realisiert ist. Das von ihnen präferierte Modell kann als eine sozialistische Demokratie bezeichnet werden. Es verbindet zentrale Vorstellungen einer liberalen Demokratie wie die Gewährleistung von Freiheitsrechten und kompetitive Wahlen mit Vorstellungen einer ausgeprägten sozialen Gleichheit und Sicherheit sowie direkter Bürgerbeteiligung.

Um die Einstellung zu diesem Modell zu erfassen und um Assoziationen mit dem realsozialistischen System der früheren DDR zu vermeiden, wird gefragt, ob der Sozialismus eine gute Idee sei, die nur schlecht ausgeführt worden ist (vgl. Tab. 2). Auch in diesem Falle zeigt sich eine Differenz zwischen West und Ost. Über das gesamte Jahrzehnt hinweg stimmen durchschnittlich 76 % der Bürger der neuen Bundesländer der Aussage zu, dass der Sozialismus eine gute Idee sei. In den alten Bundesländern sind es im Durchschnitt 45 %.

Tab. 2: Sozialismus, 1991–2005

	»Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.«					
	1991	1992	1994	1998	2000	2005
	in %					
West	40	43	44	43	51	46
Ost	76	73	81	76	76	74

Datenbasis: ALLBUS 1991, 1992, 1994, 1998, 2000; Bürger und Gesellschaft 2005.

21.4 Einstellungen zur Demokratie in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

In Tabelle 3 werden die bereits diskutierten Einstellungen zur Demokratie nach Geschlecht, Alter, berufliche Stellung, ideologische Orientierung und Parteipräferenz aufgliedert dargestellt. Im Westen sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen

Bevölkerungsgruppen sowohl bei der Unterstützung der Demokratie in Deutschland als auch bei der Demokratie grundsätzlich nur gering. Lediglich die Arbeitslosen weisen unterdurchschnittliche Werte auf. Aber auch diese Gruppe unterstützt mehrheitlich die Demokratie in Deutschland und die Demokratie grundsätzlich. Außerdem finden sich erwartbare Unterschiede bei der Einstellung zum Sozialismus. Die Linksorientierten und die Anhänger des Bündnis 90/Die Grünen und – im geringeren Ausmaße – die der SPD weisen eine deutlich positivere Einschätzung des Sozialismus auf als die Rechtsorientierten und die Anhänger der FDP und der CDU/CSU.

Im Osten lassen sich demgegenüber einige deutlichere Unterschiede ausmachen, vor allem was die Unterstützung der Demokratie in Deutschland anbetrifft. Unter den Berufsgruppen weisen die Arbeitslosen die geringste Unterstützung auf und die Selbstständigen die größte. Aber im Unterschied zum Westen betrachten auch

Tab. 3: Einstellungen zur Demokratie verschiedener Bevölkerungsgruppen

	»Die Demokratie ist die beste Staatsform.«		»Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform.«		»Sozialismus ist eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde.«		»Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland.«	
	2005		2005		2005		2004	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Insgesamt	85	64	71	38	46	74	58	29
Geschlecht								
Männer	86	65	70	36	47	70	60	27
Frauen	85	64	71	39	45	77	55	30
Altersgruppen								
18–34 Jahre	85	66	68	38	44	64	48	29
35–59 Jahre	85	62	70	37	47	75	61	26
über 60 Jahre	87	69	75	40	46	81	61	30
Berufliche Stellung								
Selbstständige	87	74	66	42	45	43	–	–
Beamte	90	–	78	–	43	–	–	–
Angestellte	87	64	74	35	44	77	–	–
Arbeiter	84	67	66	39	47	58	–	–
Arbeitslose	74	60	59	31	51	80	–	–
Rentner/Pensionäre	86	68	72	40	46	81	–	–
Ideologische Orientierung								
Links	87	65	72	38	54	80	66	31
Mitte	85	65	68	36	43	67	60	30
Rechts	89	65	70	43	28	51	55	29
Parteipräferenz								
PDS	–	55	–	26	–	97	–	–
Bündnis 90/Die Grünen	85	71	60	55	61	62	–	–
SPD	93	79	80	50	50	71	–	–
FDP	86	79	72	28	28	67	–	–
CDU/CSU	89	67	76	42	33	47	–	–

Datenbasis: Eurobarometer 2004, Bürger und Gesellschaft 2005.

bei den Selbstständigen weniger als die Hälfte die Demokratie in Deutschland als die beste Staatsform. Hinsichtlich der Parteipräferenz zeigt sich bei den Anhängern der PDS und der FDP eine erheblich negativere Einschätzung als bei den anderen Parteianhängerschaften.

Neben diesen Unterschieden ist vor allem eine Ähnlichkeit bemerkenswert, und zwar die zwischen den Altersgruppen im Osten. Viele hatten erwartet, dass die Jüngeren von dem neueren demokratischen System geprägt seien und eine positivere Haltung zu diesem System einnehmen würden. Diese positiven Sozialisationseffekte sind aber auch 15 Jahre nach der deutschen Einheit noch nicht festzustellen. Weder die Demokratie in Deutschland noch die Demokratie grundsätzlich wird von den Jüngeren besser beurteilt als von den anderen Altersgruppen. Etwas anders sieht die Situation bei der Einstellung zum Sozialismus aus. Diese ist bei den Jüngeren weniger positiv als bei Älteren, allerdings sind auch in dieser Altersgruppe noch ca. zwei Drittel der Meinung, dass der Sozialismus eine gute Idee sei, die nur schlecht ausgeführt wurde.

21.5 Rolle des Staates in der Sozialpolitik

Der Sozialstaat ist eine der Quellen der Legitimität der Demokratie in Deutschland. Seit den 1990er-Jahren wird verstärkt über die Finanzierungsprobleme des Sozialstaats diskutiert und es wurden Kürzungen von Sozialleistungen verabschiedet. Die Frage ist, wie die Bürger auf diese Entwicklungen reagieren: Reduzieren sie ihre Ansprüche an den Sozialstaat oder halten sie weiterhin daran fest?

Als Kern des bundesrepublikanischen Sozialstaats wird die Absicherung der Bürger bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, im Alter und in Notsituationen bezeichnet. Die Frage, ob die Bürger eine staatliche Zuständigkeit in diesen Bereichen befürworten, kann deshalb als grundsätzliche Zustimmung zu diesem Sozialstaat gewertet werden (vgl. Tab. 4). In beiden Teilen Deutschlands ist diese Zustimmung sehr stark ausgeprägt; sie liegt im Westen bei durchschnittlich 86 % und wird vom Osten mit durchschnittlich 95 % sogar noch übertroffen. Zwischen 1991 und 2004 nimmt im Westen die Zustimmung zur staatlichen Zuständigkeit kontinuierlich von 90 auf 82 % und im Osten von 99 auf 92 % ab. Auf der Ebene der grundsätzlichen Zustimmung zum Sozialstaat gibt es danach zwar erste, aber nur sehr schwache Anzeichen für eine Anspruchsreduktion. Es zeichnet sich aber keine Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschen ab, die Unterschiede sind relativ stabil.

Unter den Bevölkerungsgruppen weisen in West- und Ostdeutschland die Selbstständigen die skeptischste Haltung zum Sozialstaat auf. Deren distanzierte Haltung hat sich zwischen 2000 und 2004 noch verstärkt. Im Westen lässt sich im Jahr 2004 neben den Selbstständigen bei den Beamten und den FDP-Anhängern eine überdurchschnittliche Abkehr vom Staat verzeichnen. Trotz dieser Skepsis kann man aber immer noch von einem sozialstaatlichen Konsens sprechen, denn auch im Jahr 2004

Tab. 4: Zuständigkeit des Staates für soziale Absicherung

	»Der Staat muss dafür sorgen, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat.«							
	West				Ost			
	1991	1994	2000	2004	1991	1994	2000	2004
	in %							
Insgesamt	90	87	85	82	99	97	93	92
Geschlecht								
Männer	91	85	83	79	99	96	90	91
Frauen	90	89	86	85	99	97	95	94
Altersgruppen								
18–34 Jahre	94	92	91	87	100	97	93	92
35–59 Jahre	89	84	82	79	98	96	90	91
über 60 Jahre	88	87	85	81	98	99	96	94
Berufliche Stellung								
Selbstständige	83	74	75	66	98	83	83	77
Beamte	90	84	77	67	100	94	82	87
Angestellte	88	83	81	78	99	96	91	91
Arbeiter	96	92	89	88	98	100	90	91
Arbeitslose	96	93	91	87	99	99	96	96
Rentner/Pensionäre	87	89	86	83	98	98	96	95
Ideologische Orientierung								
Links	92	89	89	84	99	98	93	95
Mitte	90	88	84	81	99	96	92	92
Rechts	88	82	79	77	99	93	91	88
Parteipräferenz								
PDS	–	–	–	–	100	99	92	96
Bündnis 90/Die Grünen	90	89	86	83	99	98	91	91
SPD	93	91	87	85	98	96	94	92
FDP	85	80	77	72	98	92	86	86
CDU/CSU	87	83	80	77	100	97	89	88

Datenbasis: ALLBUS 1991, 1994, 2000, 2004.

spricht sich die überwiegende Mehrheit der Selbstständigen, Beamten und FDP-Anhänger für eine staatliche Zuständigkeit bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter aus.

21.6 Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen

Bei der Frage nach der Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen geht es nicht um eine grundsätzliche Zustimmung zum Sozialstaat, sondern in erster Linie um die Höhe der Sozialleistungen. Vor allem dieser Aspekt steht im Mittelpunkt der gegenwärtigen Diskussion zur Krise und Reform des Sozialstaats. Fragt man danach, ob die Sozialleistungen in Zukunft gekürzt werden sollen, ob sie so bleiben sollen wie bisher oder ob sie ausgeweitet werden sollen, dann spricht sich im Jahr 2004 die Mehrheit in Ost- und in Westdeutschland für die Beibehaltung des Status quo aus (vgl. Tab. 5). In

Tab. 5: Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen, 1994–2005

	West			Ost		
	1994	2000	2004	1994	2000	2004
	in %					
»Sozialleistungen ausweiten.«	28	21	17	71	46	42
»Sozialleistungen wie bisher.«	60	55	57	28	46	48
»Sozialleistungen kürzen.«	12	24	26	1	8	10

Datenbasis: ALLBUS 1994, 2000, 2004.

Westdeutschland sind es 57 und in Ostdeutschland 48 %. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland treten bei den beiden anderen Antwortalternativen – Ausweitung oder Kürzung von Sozialleistungen – zutage. In Ostdeutschland sprechen sich 42 % für eine Ausweitung und lediglich 10 % für eine Kürzung von Sozialleis-

Tab. 6: Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen, 1994 und 2004

	Sozialleistungen							
	Ausweiten		Kürzen		Ausweiten		Kürzen	
	1994	2004	1994	2004	1994	2004	1994	2004
	West				Ost			
	in %							
Insgesamt	28	17	12	26	71	42	1	10
Geschlecht								
Männer	23	15	14	29	63	33	1	13
Frauen	34	20	10	24	79	50	0	8
Altersgruppen								
18–34 Jahre	35	20	10	28	74	41	0	18
35–59 Jahre	25	17	12	26	69	43	1	11
über 60 Jahre	24	14	15	25	75	41	1	4
Berufliche Stellung								
Selbstständige	8	11	29	47	49	23	6	29
Beamte	22	0	13	48	31	17	0	8
Angestellte	25	15	12	29	64	37	1	17
Arbeiter	29	21	9	15	72	34	0	7
Arbeitslose	56	24	3	11	85	66	0	3
Rentner/Pensionäre	23	16	15	22	78	44	0	3
Ideologische Orientierung								
Links	36	20	8	18	73	36	1	9
Mitte	27	15	11	27	72	46	1	11
Rechts	20	14	20	38	61	39	2	13
Parteipräferenz								
PDS	–	–	–	–	82	42	0	5
Bündnis 90/Die Grünen	38	15	5	18	68	29	1	9
SPD	30	18	8	19	74	27	1	12
FDP	25	15	15	44	68	38	0	24
CDU/CSU	18	12	18	35	55	39	2	18

Datenbasis: ALLBUS 1994, 2004.

tungen aus. In Westdeutschland ist das Verhältnis umgekehrt: 26 % der Befragten präferieren eine Kürzung und lediglich 17 % eine Ausweitung von Sozialleistungen. Zwischen 1994 und 2004 haben die Bundesbürger ihre Haltung zur Höhe der Sozialleistungen beträchtlich verändert. Im Westen hat sich der Anteil der Befragten, der einer Kürzung von Sozialleistungen zustimmt, von 12 auf 26 % mehr als verdoppelt. Gleichzeitig hat sich im Osten der Anteil derer, die sich für eine Ausweitung von Sozialleistungen aussprechen, von 71 auf 42 % deutlich reduziert. Ganz offenbar haben die Bundesbürger in den 1990er-Jahren ihre Ansprüche an die Höhe der Sozialleistungen reduziert. Diese Anspruchsreduktion stellt sich aber in beiden Landesteilen unterschiedlich dar. Im Westen sprechen sich mehr Bürger für eine Reduktion von Sozialleistungen aus, während im Osten vor allem der Anteil der Bürger sinkt, die eine Ausweitung von Sozialleistungen fordern.

Die Positionen der West- und Ostdeutschen haben sich bei der Höhe der Sozialleistungen zwischen 1994 und 2000 einander angenähert. Diese Annäherung hat sich danach aber nicht weiter fortgesetzt. Trotz der tendenziellen Annäherung sind die Anspruchshaltungen in Ostdeutschland immer noch ausgeprägter als in Westdeutschland.

Die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen sind bei der Höhe der Sozialleistungen deutlich größer als bei der grundsätzlichen Zustimmung zum Sozialstaat. Das Muster ist allerdings ähnlich: In beiden Landesteilen sind es vor allem die Selbstständigen und die Anhänger der FDP, die sich überdurchschnittlich stark für eine Kürzung von Sozialleistungen aussprechen (Tab. 6). Außerdem lassen sich bei den Beamten unterdurchschnittliche und bei den Arbeitslosen überdurchschnittliche Ansprüche an die Höhe der Sozialleistungen ermitteln.

21.7 Bewertung sozialpolitischer Ergebnisse

Die Bewertung der persönlichen Alterssicherung oder Absicherung bei Invalidität und im Krankheitsfall zeigt, wie zufrieden die Bürger mit den Ergebnissen der Sozialpolitik sind (vgl. Tab. 7). Auch in dieser Hinsicht gibt es Unterschiede zwischen Ost und West. Im Jahr 2004 bewerteten 58 % im Westen, aber lediglich 48 % im Osten Deutschlands die Ergebnisse der Sozialpolitik positiv. Allerdings waren die Unterschiede in den vorangegangenen Jahren deutlich größer. Die Annäherung zwischen beiden Landesteilen kommt vor allem durch die negative Einschätzung der Westdeutschen im Jahr 2004 im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren zustande.

Ogleich seit Beginn der 1990er-Jahre relativ kontinuierlich Leistungskürzungen stattgefunden haben, ist erst seit dem Jahr 2000 sowohl in West- als auch in Ostdeutschland eine Verschlechterung der Urteile festzustellen.

Etwas anders stellt sich dies für die jüngeren Generationen dar. Die Rentenreform, die vor allem Leistungskürzungen für die jüngeren Generationen mit sich bringt, hat offenbar dazu geführt, dass in Ost- und Westdeutschland die 18- bis 34-Jährigen

zwischen 1994 und 2004 ihre soziale Absicherung kontinuierlich schlechter beurteilen. Bei der Bewertung der sozialpolitischen Ergebnisse existiert deshalb eine Kluft zwischen den Generationen. Diese Kluft zwischen den jüngeren und älteren Generationen ist in beiden Landesteilen ähnlich groß. Im Westen, wo durchschnittlich 47 % der 18- bis 34-Jährigen und 79 % der über 60-Jährigen mit ihrer Absicherung zufrieden sind, beträgt sie im Durchschnitt 32 Prozentpunkte, und im Osten, wo durchschnittlich 39 % der 18- bis 34-Jährigen und 68 % der über 60-Jährigen zu einem positiven Urteil kommen, beträgt die Kluft im Durchschnitt 29 Prozentpunkte. Neben den Angehörigen der jüngeren Generationen sind es auch noch die Arbeitslosen, die zu einer skeptischen Einschätzung ihrer Absicherung kommen. Diese Gruppe weist mit durchschnittlich 39 % im Westen und 32 % im Osten Deutschlands die niedrigsten Werte auf. Demgegenüber schätzen neben den Rentnern und Pensionären die Beamten ihre Absicherung positiv ein, im Westen im Durchschnitt 86 und im Osten 76 %.

Tab. 7: Bewertung sozialpolitischer Ergebnisse, 1994–2004

	»Ausreichend gesichert im Alter, vor Invalidität und im Krankheitsfall.«					
	West			Ost		
	1994	2000	2004	1994	2000	2004
	in %					
Insgesamt	67	69	58	47	55	48
Geschlecht						
Männer	70	71	60	50	55	50
Frauen	65	66	57	44	56	47
Altersgruppen						
18–34 Jahre	54	44	42	43	40	33
35–59 Jahre	71	71	58	44	49	44
über 60 Jahre	80	85	72	58	78	67
Berufliche Stellung						
Selbstständige	78	71	68	53	62	56
Beamte	93	80	84	69	71	87
Angestellte	68	67	61	47	51	49
Arbeiter	64	60	50	46	46	42
Arbeitslose	46	40	31	34	37	24
Rentner/Pensionäre	78	86	70	55	77	66
Ideologische Orientierung						
Links	62	62	53	44	53	47
Mitte	69	70	59	49	60	53
Rechts	74	78	66	51	50	46
Parteipräferenz						
PDS	–	–	–	37	42	48
Bündnis 90/Die Grünen	58	60	54	39	31	47
SPD	69	67	59	53	68	73
FDP	77	77	60	60	63	46
CDU/CSU	78	75	66	64	63	53

Datenbasis: ALLBUS 1994, 2000, 2004.

Die Analysen zu Demokratie und Sozialstaat führen zu gemischten Befunden. Die Bürger haben ihre Ansprüche an den Sozialstaat reduziert und bei der Einschätzung der Höhe der Sozialleistungen und der Bewertung sozialpolitischer Ergebnisse ist es in den letzten Jahren zu einer gewissen Annäherung der Sichtweisen von Ost- und Westdeutschen gekommen. Die Demokratie als Staatsform wird von der überwiegenden Mehrheit der west- und ostdeutschen Bürger befürwortet. Demgegenüber gibt es bei der Beurteilung der Demokratie in Deutschland eine beträchtliche Differenz zwischen West- und Ostdeutschen. Während die westdeutschen Bürger auch die Demokratie in Deutschland als die beste Staatsform ansehen, sagt dies bei den ostdeutschen nur eine Minderheit. Die Akzeptanz der Demokratie in Deutschland hat im Zeitverlauf sogar noch abgenommen. Im Hinblick auf die Unterstützung der Demokratie in Deutschland gibt es also immer noch eine gesplante Gemeinschaft.

(Dieter Fuchs / Edeltraud Roller)

Weitere Informationen zum Thema Sozialleistungen siehe Teil I, Kap. 9.